

BDEW zur wasserfachlichen Aussprachetagung 2012 in Dresden:

## **Wassergebrauch in Deutschland geht weiter zurück**

Wassergebrauch um 26 Prozent seit 1990 gesunken / Kritik an Plänen des Landwirtschaftsministeriums zur Reduzierung von Pestiziden

Berlin/Dresden, 24. September 2012 – Die Wasserabgabe an die Kunden ist nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 1990 gesunken. So ermittelte der Branchenverband nach ersten Auswertungen für das Jahr 2011, dass nur noch 4.45 Milliarden Kubikmeter Wasser an Haushalte, Industrie und Kleingewerbe geliefert wurden. 1990 hatte dieser Wert noch knapp sechs Milliarden Kubikmeter betragen – ein Rückgang um knapp 26 Prozent. 1990 hat jeder Einwohner in Deutschland täglich noch 147 Liter Wasser gebraucht, 2011 sind es nur noch 121 Liter. „Diese Zahlen zeigen: Der sorgsame Umgang der Kunden mit Wasser in Deutschland ist eine Selbstverständlichkeit. Der natürliche Wasserhaushalt und der Wasserkreislauf, in dem sich unsere wichtigste Ressource ständig erneuert, sind in Deutschland auch dank der nachhaltigen Bewirtschaftungs-Strategien der Wasserversorger vollkommen intakt“, sagte Wulf Abke, Vizepräsident Wasserwirtschaft des BDEW, heute auf der wasserfachlichen Aussprachetagung 2012 in Dresden. Der Wassergebrauch von Privat-Haushalten, Industrie und Gewerbe in Deutschland sinkt seit Jahren deutlich. Zum Vergleich: Die sich jährlich erneuernde verfügbare Wassermenge in Deutschland beträgt 188 Milliarden Kubikmeter. Nur 17 Prozent dieser natürlichen Vorkommen werden von den unterschiedlichen Kundengruppen wie Haushalten oder Industrie genutzt.

Der BDEW veröffentlichte auf der wat zudem neue Zahlen zu den Investitionen der Wasserversorger: Im Jahr 2011 betragen die Investitionen in die öffentliche Trinkwasserversorgung nach ersten BDEW-Schätzungen rund 2,3 Milliarden Euro. Auf diesem Niveau werden die Wasserversorger nach einer BDEW-Prognose auch in den kommenden Jahren investieren: 2012 rechnet der Branchenverband mit etwa 2,5 Milliarden Euro, 2013 und 2014 mit je rund 2,4 Milliarden Euro.

Die Entwicklung eines jährlich abnehmenden Pro-Kopf-Gebrauchs und der Rückgang der Wasserabgabe an die Industrie führten in Deutschland inzwischen zum Teil zu einer Unternutzung der ausgelegten Infrastruktur und ließen kaum noch Spielraum nach unten, so Abke. Um Ablagerungen

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**

Jan Ulland  
Stv. Pressesprecher  
Telefon  
+49 30 300199-1162  
-1164

Telefax  
+49 30 300199-4190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de

und Korrosion sowie hygienische Probleme aufgrund längerer Aufenthaltszeiten und geringerer Fließgeschwindigkeit zu vermeiden, müssten die Trinkwasser- und insbesondere Abwasserleitungen intensiv gespült werden. Die vermehrte Spülung verhalte sich bei zunehmendem Betriebsaufwand kontraproduktiv zu dem eigentlich reduzierten Wassergebrauch. Ein wirkliches Wassersparen sei in diesen Fällen nicht möglich. Zudem führten sie letztendlich zu einer zusätzlichen Kostenbelastung für den Kunden.

Aktuell beschäftigt die Wasserwirtschaft auch das Thema Pflanzenschutzmittel. „Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft muss aus Sicht der Wasserwirtschaft weiter reduziert werden. Nur so kann die Belastung unserer Gewässer mit Pestizid-Rückständen wirksam verringert werden – im Sinne unserer Umwelt und im Sinne unserer Trinkwasserressourcen“, betonte Abke. In allen Europäischen Mitgliedsstaaten sollen auf der Grundlage der EU-Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie allgemeine Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes spätestens ab 2014 verbindlich eingeführt werden.

In Deutschland soll dies im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ geschehen, der Teil des Pflanzenschutzgesetzes ist. Aus Sicht des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ermöglicht der Plan in seiner derzeitigen Fassung allerdings keinen ausreichenden Schutz von Umwelt und Gewässern vor Pestizid-Einträgen. „Es kann nicht sein, dass die Vorschläge des Landwirtschaftsministeriums zur Reduzierung von Pestiziden noch hinter die Vorgaben der Europäischen Union zurückfallen. Mehr noch: Nach den Vorstellungen des Landwirtschaftsministeriums sollen keinerlei Anstrengungen unternommen werden, rechtsverbindliche Vorschriften zur Trendumkehr beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einzuleiten, wenn Zielvorgaben nicht erreicht werden“, kritisierte Abke. Das Landwirtschaftsministerium orientiere sich beim Aktionsplan an den Interessen der Agrarindustrie und zeige sich immun gegen Vorschläge, die Pestizidbelastungen ernsthaft zu senken.

Ziel müsse es stattdessen sein, verbindliche Zielvorgaben zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft für Deutschland zu verankern.